

INFOPERU Nr. 65

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

19.10.2019

Inhaltsverzeichnis:

1. [Editorial zu 50 Jahre Agrarreform \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Peruanische Exekutive löst Parlament auf \(Cesar Bazan Seminario\)](#)
3. [Was kommt nach der Parlamentsauflösung ? \(A. Baumgart/H. Willer\)](#)
4. [Klimastreik in Peru \(A. Brox\)](#)
5. [Privilegien für Agrarexporteure um 10 Jahre verlängert \(Jorge Paucar\)](#)
6. [Sprachpolitik in einer gespaltenen Gesellschaft \(Carola Mick\)](#)
7. [Indigene Sprachen erfahren Anerkennung \(Sebastian Ritter\)](#)
8. [Als schmutzige Lügnerinnen beschimpft \(Manuela Barriga\)](#)
9. [Sodalicio der Landspekulation bezichtigt \(Heinz Schulze\)](#)
10. [Bergbau oder Landwirtschaft ? Zuerst territoriale Entwicklung \(Carlos Herz\)](#)
11. [Hamburg: IDL-Reporteros gewinnt globalen Journalismus-Preis \(Cesar Bazan\)](#)
12. [Peruaner*innen an der Amazonas-Synode](#)
13. [Infostelle und Bergbaukampagne unterstützen Lieferkettengesetz \(A. Brox\)](#)
14. [Keine Umsatzsteuer für Bildungsmassnahmen](#)
15. [Veranstaltungen](#)

1. Editorial zu 50 Jahre Agrarreform

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

vor 50 Jahren fand das für Peru womöglich bedeutendste Ereignis des 20. Jahrhunderts statt. Der Militärdiktator Juan Velasco enteignete die Grossgrundbesitzer und führte eine Agrarreform durch. Auch wenn die Reform wirtschaftlich nicht erfolgreich war – die neuen Genossenschaften funktionierten nur mässig bis gar nicht – so stellt die Agrarreform doch die entscheidende Wegmarke dar für die Befreiung aus einer vor-modernen, feudalen Gesellschaft. Denn vor der Agrarreform lebten Millionen von Indigenen und Landarbeiter*innen in quasi-feudalen Verhältnissen, hatten kein Stimmrecht, waren sozusagen Leibeigene. Diese feudale Klassengesellschaft wurde mit der Enteignung der Grossgrundbesitzer und der Verteilung des Landes gebrochen. Etwas, worauf ein Land im Rückblick stolz sein sollte, zumal die Reform ohne Blutvergiessen und dramatische Menschenrechtsvergehen auskam ?

Mitnichten. Kaum ein Ereignis polarisiert bis heute die peruanische Gesellschaft so sehr wie diese Agrarreform. Für die enteigneten und z.T. bis heute nicht entschädigten Grossgrundbesitzer und deren Nachkommen ist General Velasco schlimmer als der Satan. Am anderen Extrem des Spektrums befinden sich Sozialfaschisten, welche den Rassismus umkehren und mit Rekurs auf Velasco von der Superiorität der braunen Rasse faseln.

Um kein anderes peruanisches Ereignis herrscht deshalb ein solch öffentliches Tabu, wie um die Bewertung dieser Agrarreform. Es gibt keine nationale Erzählung, wie Peru gemeinsam auf dieses Ereignis blickt. Das mag für den bewaffneten internen Konflikt ebenfalls gelten, aber mit der Wahrheitskommission und dem Museum „Lugar de la Memoria“, hat der peruanische Staat doch immerhin versucht, die Fakten zu eruieren und eine gemeinsame Erzählung zu schaffen. Für die Agrarreform gibt es dies bis heute nicht.

Deswegen ist es bemerkenswert, dass ein Dokumentarfilm über die Agrarreform ([La revolucion y la Tierra](#)) in diesen Wochen zum Kassenschlager in den peruanischen Kinos wird. Der junge Regisseur Gonzalo Benavente will mit seiner Montage filmischer Zeugnisse vor und nach der Agrarreform die Debatte um ihre Bedeutung für die heutige peruanische Gesellschaft anfachen. Dies scheint ihm zu gelingen.

Sie wundern sich vielleicht, dass ich dieses Editorial mit einem Rückblick auf die peruanische Geschichte begonnen habe, wo in den letzten Wochen in Peru doch so viel Dramatisches geschehen ist: nichts weniger als eine Parlamentsauflösung und die Ausrufung von Neuwahlen. Alles Wichtige darüber finden Sie in den ausführlichen Hintergrundartikeln von [Cesar Bazan](#) und [Andreas Baumgart](#) in diesem InfoPeru.

Auch dieses jüngste Ereignis hat übrigens noch eine direkte Verbindung zur vor einem halben Jahrhundert erfolgten Agrarreform: der nun abgesetzte Parlamentspräsident, Pedro Olaechea, ist Besitzer eines grossen Weingutes und hat bis vor kurzem die vor 50 Jahren enteigneten Grossgrundbesitzer in ihrer Klage auf Entschädigung vertreten.

Auch ein weiterer Schwerpunkt dieser Nummer des InfoPeru ist ohne einen Rückblick auf die Agrarreform nur schwer zu verstehen: die Aufwertung der indigenen Sprachen, insbesondere des Quechua, nahm unter General Velasco einen bescheidenen Anfang. Die Linguistin [Carola Mick](#) und [Sebastian Ritter](#) schreiben in diesem InfoPeru über den heutigen Stand im Umgang mit indigenen Sprachen in Peru.

Und schliesslich ist es traurig und beunruhigend, dass 50 Jahre nach der Agrarreform erneut grosse Latifundien in Peru entstehen. Besitzer sind nicht mehr die aristokratischen Grossgrundbesitzer der letzten Jahrhunderte, sondern reiche Bergbauunternehmer, internationale Kapitalanleger und Unternehmer aus der Hauptstadt, die grosse Flächen aufkaufen, um dort Obst und Gemüse für den Export auch in deutsche Supermärkte anzubauen. Die dort beschäftigten Landarbeiter*innen sind nicht mehr Leibeigene, geniessen aber nicht die in Peru sonst üblichen Arbeitsrechte. Dieses Sonderreglement wurde vom Parlament kurz vor dessen Auflösung noch um 10 Jahre verlängert, wie [Jorge Paucar](#) in diesem InfoPeru beschreibt.

Es ist immer riskant, als Ausländerin eine Meinung zu einem innerperuanisch so umstrittenen Thema wie der Agrarreform abzugeben. Dennoch möchte ich dies tun, aufgrund einer Beobachtung aus heutiger Zeit: wenn ich sehe, wie stark der Rassismus und das Klassendenken das Peru zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch prägen, dann möchte ich mir nicht vorstellen, wie Peru heute aussähe, wenn es vor 50 Jahren nicht die Agrarreform gegeben hätte.

Hildegard Willer

2. Peruanische Exekutive löst das Parlament auf

Als der ehemalige Präsident Pedro Pablo Kuczynski (PPK) wegen Korruptionsaffären und auf Druck der Fujimori-Partei und anderer Kräfte im Parlament zurücktrat, war die Botschaft für den damaligen Vizepräsidenten Martin Vizcarra klar: Es gibt kein *Check and Balance*. Wenn die Exekutive nicht dem Willen der Fujimori-Fraktion folgt, muss der Präsident gehen. PPK hatte der Fujimori-Fraktion in Vielem nachgegeben (Straferlass, Vorstand der Banco Central de Reserva, der nationalen Ombudsstelle), aber das reichte nicht aus. Das war die Lage, als im März 2018 Martin Vizcarra Präsident wurde.

Den Fraktionen der Fujimori-Partei und der APRA ging es natürlich nicht um Korruptionsbekämpfung. Während der Legislaturperiode (28. Juli 2016 bis 30. September 2018) nutzten sie ihre Macht und Einfluss im Parlament gegen die Richter und Staatsanwält*innen des Falls „Lava Jato“ (Korruptionsskandal um das brasilianische Unternehmen Odebrecht), um der Unabhängigkeit der Justiz zu drohen.

Was am 30. September 2019 vormittags in Justizbereich geschah, brachte das Fass zum Überlaufen. Der Mehrheit im Parlament versuchte im Schnellverfahren die Richter des Verfassungsgerichts wählen. Theoretisch hat dieser Gerichtshof die Aufgabe verfassungswidrige Maßnahmen der Regierung zu kontrollieren und Menschenrechte zu schützen. Wenn der Verfassungsgerichtshof jedoch unter der Kontrolle von antidemokratischen Kräften wie der Fujimori- oder APRA-Partei wäre, dann hätte er seine Unabhängigkeit für Fälle wie zum Beispiel den *Habeas Corpus* für Keiko Fujimori verloren. Ohne öffentliche Debatte und in weniger als einer Woche versuchte das Parlament am 30. September 2019 fünf von sieben Richtern zu wählen.

Präsident Vizcarra und die Exekutive stellten daraufhin die Vertrauensfrage, die sie an neue transparente Regeln für die Auswahl der Verfassungsrichter und die Aussetzung des aktuellen Verfahrens knüpften. Obwohl manche Verfassungsexperten dies erfolglos in Frage stellen, war die Folge einer Niederlage bei der Vertrauensfrage von Anfang ganz klar: Wenn das Parlament zum zweiten Mal die Vertrauensfrage ablehnt, darf der Präsident laut Artikel 134 das Parlament auflösen.

Genau dies ist am 30. September passiert. Es war natürlich keine spontane Entscheidung der Exekutive. Über eine mögliche Auflösung des Parlamentes wurde bereits spekuliert, als PPK noch im Amt war. Aber die Möglichkeit wurde konkret, als die Konfrontation

zwischen Parlament und Exekutive eskalierte, das Parlament sich gegen die Unabhängigkeit der Justiz positionierte und die geplanten Reformen des politischen Systems kaum noch unterstützte. Die Korruptionsbekämpfung war für die Fraktionen ein unbeliebtes Thema, weil viele von ihnen selbst von unklaren Finanzierungsquellen profitieren. In seiner Rede am 28. Juli 2019 schlug Präsident Vizcarra als Lösung für die Konfrontation Neuwahlen sowohl des Präsidenten als auch des Parlaments vor. Die Leute auf der Straße und die demokratischen Kräfte im Parlament begrüßten den Vorschlag, aber die Mehrheit lehnte den Gesetzentwurf ohne Debatte in Plenum ab. Die Reaktion auf den Lösungsvorschlag war also eine weitere, noch stärkere Konfrontation.

Nach der Entscheidung das Parlament aufzulösen, wollte die Mehrheit der Abgeordneten den Präsidenten suspendieren und die bisherige zweite Vizepräsidentin zur Präsidentin ernennen. Das ist aber nicht möglich. Vizcarras Entscheidung wird nicht nur durch das Recht und die Leute auf den Straßen unterstützt, die im ganzen Land demonstrieren, sondern auch von den Militärs und den Polizeikräften.

Das Datum für Neuwahlen zum Parlament ist 26. Januar 2020. Bis dann übernimmt die kleine Abgeordnetenversammlung (Comisión Permanente) einige Aufgaben des Parlaments. Die neu gewählten Parlamentarier*innen bleiben aber nur bis 2021 im Amt, wenn die regulären Wahlen stattfinden sollen.

César Bazán Seminario (Infostelle Peru)

3. Wie geht es nach der Parlamentsauflösung weiter ?

Am Montag, dem 30. September, hat der peruanische Präsident Martín Vizcarra das Parlament aufgelöst. Was folgt nun ? Das Dekret wurde in einer Sonderausgabe des amtlichen Blatts „El Peruano“ veröffentlicht und war damit rechtskräftig. Dieser Akt hat sowohl in Peru selbst als auch weltweit für viel Rätselraten und Ungewissheit gesorgt. Unzählige, vielfach widersprüchliche Meldungen und Interpretationen gingen über den Äther. Im Land selbst wird die Auflösung von einer großen Mehrheit der Bevölkerung begrüßt. Nach letzten Umfragen sind es 84%. Die Popularität von Vizcarra ist von 40% auf 75% hochgeschneit.

Die Armee, die Polizei und die internationale Gemeinschaft stehen hinter Vizcarra. Die Organisation Amerikanischer Staaten wünscht sich ein Urteil des Verfassungsgerichts. Die für Verfassungsfragen zuständige Venedig-Kommission des Europarates hat am 14. Oktober ein recht diplomatisches Urteil gefällt, das dahingehend gelesen werden kann, dass Vizcarra mit der Auflösung des Parlaments verfassungsgemäss gehandelt hat.

Konsequenzen der Parlamentsauflösung

Die Auflösung des Parlaments zog auch eine Kabinettsumbildung sowie die Ausrufung von Komplementärwahlen nach sich.

Am 03. Oktober hat Präsident Vizcarra das neue Minister-Kabinettt vereidigt.

Der Grund für die Auswechslung des Kabinetts liegt in der Art der Vertrauensfrage begründet. Nicht der Präsident hat die Vertrauensfrage im Parlament gestellt, sondern der Premier, also der Vorsitzende des Kabinetts, im Namen des gesamten Kabinetts. Nachdem diesem das Vertrauen verweigert wurde, musste es zurücktreten, einschließlich des Premiers del Solar, der sogleich durch Vicente Zeballos abgelöst wurde. Unter den neuen und alten Minister*innen fallen besonders zwei Personalien auf: die erst 34-jährige Maria Antonieta Alva ist neue Finanz- und Wirtschaftsministerin und damit Amtsinhaberin eines der wichtigsten Ministerien. Alva hat trotz ihrer Jugendlichkeit bereits 10 Jahre Erfahrung im öffentlichen Sektor und hatte bisher ein hohes Amt im Finanzministerium inne.

Ein Opersänger aus München wird Kulturminister

Die zweite überraschende Ernennung ist die Francisco Petrozzis zum neuen Kulturminister. Der Opersänger Francisco Petrozzi hat in Deutschland studiert und war 8 Jahre lang (bis 2016) Mitglied der Bayerischen Staatsoper. Petrozzis Ernennung zum Kulturminister ist nicht wegen seiner Profession umstritten – schließlich war der scheidende Premier Salvador del Solar auch ein bekannter Schauspieler -, sondern weil er für die Fujimori-Fraktion ins Parlament gewählt wurde und diese im Oktober 2018 im Streit verließ. Dem Kulturministerium ist auch das Vizeministerium für Interkulturalität zugeordnet, eine wichtige Instanz bei der Frage der Vorabkonsultation.

Nachdem das Parlament geschlossen wurde, hat Präsident Vizcarra Parlamentswahlen verordnet. Diese werden am 26. Januar 2020 stattfinden. Präsidenschaft und Vizepräsidenschaften sind davon nicht betroffen. Es handelt sich um eine Ergänzungswahl (elección complementaria) und nicht um allgemeine Wahlen. Das neue Parlament wird für den übrigen Zeitraum gewählt, der nach der Schließung des Parlaments bis zur Beendigung der offiziellen Legislaturperiode noch aussteht. Die neuen Parlamentarier werden also nur bis zum 28. Juli 2021 amtieren. Danach wird es wieder allgemeine Wahlen für eine neue Präsidenschaft und ein neues Parlament für den Zeitraum von 5 Jahren geben.

Bis zu den Wahlen am 26. Januar wird der parlamentarische Betrieb durch einen 28-köpfigen „Ständigen Ausschuss des Parlaments“ verwaltungstechnisch aufrechterhalten. Dieser Ausschuss aus Abgeordneten hat keine legislativen Befugnisse und vertritt verfassungsrechtlich nicht das Parlament. In dem Gremium hat der Fujiaprimo die absolute Mehrheit. Der bisherige Parlamentspräsident Pedro Oleachea ist dessen Vorsitzender. Oleachea ist ein neoliberaler Großunternehmer, der den Sektoren der exportorientierten Agroindustrie sowie des Rohstoffexports angehört und mehrfach Vorsitzender verschiedener Industrieverbände war. Er hat die Reihen von „PPK“ und „Concertación Parlamentaria“ verlassen, sich eng mit dem Fujiaprimo verbunden und durch dessen Mehrheit in das Amt des Parlamentspräsidenten wählen lassen. Nun

sitzt er nur noch dem „Ständigen Ausschuss“ vor.

Aus allen anderen Parlamentariern sind nun Ehemalige geworden, die ihre Akkreditierungen und Diplomatenpässe abgeben müssten.

Schwierige Kandidatenwahl

An der Komplementärwahl dürfen lediglich Kandidat*innen aus den zurzeit 24 eingeschriebenen Parteien teilnehmen. Eine Einschreibung neuer Parteien oder vormals abgelehnter ist nicht möglich. Abgeordnete des soeben aufgelösten Parlaments dürfen nicht antreten, weil die kürzlich verabschiedete Wahlreform keine aufeinanderfolgenden Amtszeiten erlaubt. Im Raum steht nun die Frage, ob die bisherigen Parlamentarier*innen dann für 2022 wieder kandidieren dürfen, weil ihre Amtszeit abgebrochen wurde. Es wird diesbezüglich möglicherweise noch zu verfassungsmäßigen Klärungen kommen.

Aktuell geht die Mehrheit der Verfassungsrechtler davon aus, dass eine Wahlbeteiligung nicht möglich sein wird, da nicht die Dauer der realen Ausübung der parlamentarischen Tätigkeit, sondern die fünfjährige Legislaturperiode insgesamt zählt.

Für die Parteien stellt die kurze Amtszeit der neuen Abgeordneten eine große Herausforderung dar. Wer möchte sich jetzt schon aufstellen lassen, wenn er ab 2022 für fünf Jahre kandidieren könnte. In den knapp vier Monaten bis zur Wahl müssen geeignete Kandidat*innen gefunden und die ganze Wahlkampfmaschinerie angeworfen werden. Parteien, wie z.B. die linke Nuevo Peru, die nicht über eine eigene Einschreibung verfügen, müssen Bündnisse und Kompromisse eingehen, um ihre Kandidat*innen in anderen Parteien unterzubringen. Fuerza Popular von Keiko Fujimori hat eine eigene Wahlbeteiligung bisher noch nicht bekannt gegeben.

Andreas Baumgart/Hildegard Willer

4. Klimastreik in Peru

Auch in Peru gab es am 20. September in verschiedenen Städten Demonstrationen zum weltweiten Klimastreik.

In Lima folgten etwa 1.000 Menschen dem Aufruf von Fridays for Future Perú (FFFP) zur Demonstration. In einem bunten und bewegten Zug forderten die Demonstrierenden auf Transparenten und mit Liedern u.a. den Stopp der Entwaldung, ein Ende der fossilen Energien sowie den Schutz des Amazonas und seiner Bewohner*innen. Den Aufruf hatten zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt.

Außer in Lima gab es u.a. in Cusco, Arequipa, Puerto Maldonado, Loreto und Ica Demonstrationen, an denen auch kirchliche Gruppen und Partnerschaftsgemeinden teilnahmen, wie Jürgen Huber von der Partnerschaftsarbeit der Erzdiözese Freiburg berichtet.



FFFP, die Klimaschutzbewegung Mocicc und weitere Unterstützerorganisationen forderten im Zuge des Klimastreiks die peruanische Regierung auf, den Klimanotstand auszurufen. In ihrer „Erklärung des Klimanotstands“ nennen sie 13 notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz in Peru. Bis 2030 soll Peru 50% seiner Treibhausgase einsparen. Bisher hat sich die Regierung zu einer Einsparung von 30% verpflichtet. Gesetze, die im Widerspruch zu diesem Ziel stehen, müssten umgehend geändert werden. U.a. sollen integrierte abgasarme Transportsysteme eingeführt und die Energieversorgung auf nachhaltige Energiequellen umgestellt werden. Die Aktivist*innen fordern außerdem eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung der Klimaschutzmaßnahmen.

In der Erklärung wird daran erinnert, dass Peru sieben der neun Kriterien für besonders vom Klimawandel betroffene Länder erfüllt. Jährlich würden 150.000 Hektar peruanischer Regenwald zerstört. Mehr als 40% der Emissionen Perus werden durch die Abholzung der Wälder und die veränderte Bodennutzung verursacht. Ein Schlüssel zum Klimaschutz sei deshalb die Umkehr zu einer extensiven Land- und Viehwirtschaft und die Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung, die mit ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise den Regenwald am besten schützt. Zuletzt fordern die unterzeichnenden Organisationen auch wirksame Maßnahmen zum Schutz der am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen vor den Folgen des Klimawandels.



Enttäuscht zeigten sich die Klimaaktivist*innen von Premierminister Salvador del Solar. Sie hatten gehofft, dass dieser auf dem Klimagipfel in New York vermehrte Anstrengungen des peruanischen Staates zum Klimaschutz ankündigen würde. Dies sei er jedoch nicht geschehen.

1.000 Demonstrierende in einer Millionenstadt wie Lima sind im Vergleich mit den 1,4 Mio. Menschen, die in Deutschland auf die Straße gegangen sind, natürlich eine sehr bescheidene Zahl. Andererseits: Sind nicht zuallererst wir in Europa und in den großen Industriestaaten aufgerufen, für den Klimaschutz auf die Straße zu gehen, sind wir doch die Hauptverursacher*innen des Klimawandels?

Annette Brox

Fotos: Mocicc

Quellen:

<https://redaccion.lamula.pe/2019/09/17/fridays-for-future-convocan-marcha-por-el-cambio-climatico-el-viernes-20/redaccionmulera/>

<https://www.mocicc.org/noticias/jovenes-demandan-acciones-para-frenar-la-crisis-climatica-y-el-premier-no-responde/>

5. Privilegien für Agrarexporteur*innen um 10 Jahre verlängert

Spargel, Avocados, Mangos oder Paprika aus Peru sind auch deswegen so billig, weil die Agrarunternehmer nicht die sonst üblichen Arbeitsgesetze einhalten müssen. Die Sonderregelung wurde jetzt für weitere 10 Jahre festgeschrieben – zum Schaden der Landarbeiter*innen.

Die Privilegien für die großen Agrarexport-Unternehmen existieren seit fast 20 Jahren. Damals war der Unternehmer José Chlimper Agrarminister – ein offensichtlicher Interessenskonflikt – und brachte das Gesetz auf den Weg.

Seit Jahren haben sie es gefordert, jetzt hat sich ihr Wunsch erfüllt: Mindestens seit 2017 macht die Nationale Vereinigung der Exporteur*innen (Adex) ihre Forderung nach einer Verlängerung der Sonderregelungen für den Agrarsektor (Gesetz 27360 zur Förderung des Agrarsektors) publik. Die Unternehmer wollten, dass das Paket, bestehend aus Steuererleichterungen und der Einschränkung der Arbeitsrechte, bis 2050 gelten sollte.

Nun hat der Kongress eine Verlängerung um zehn Jahre beschlossen, ohne die Meinung der Arbeiter*innen und der Sozialversicherung EsSalud zu berücksichtigen.

Das Gesetz wurde im Jahr 2000 unter der Regierung Fujimori verabschiedet. José Chlimper war, wie erwähnt, Agrarminister und ist bis heute einer der großen Agrarexporteur*innen Perus. Dem Namen des Gesetzes nach ging es darum, für eine begrenzte Zeit den Agrarsektor zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und die Exporte zu steigern. Deshalb wurde die Laufzeit bis 2010 begrenzt. Als Alejandro Toledo an die Regierung kam, verlängerte er das Gesetz bis 2021. Angesichts des nahenden Endes der Laufzeit übten die Unternehmer jetzt Druck aus – mit Erfolg. Auf Initiative der Fujimori-

Partei, mit Unterstützung anderer Fraktionen und mit der Zustimmung durch die Exekutive wurde das umstrittene Gesetz gerade bis 2031 verlängert.

Heftige Debatte im Parlament

Die Vorlage wurde vom Abgeordneten Elard Melgar (Fuerza Popular), Vorsitzender des Agrarausschusses, eingebracht und von Carlos Tubino (ebenfalls Fuerza Popular) begründet. Er argumentierte, dass das Gesetz den Agrarexport in den Jahren 2000 bis 2019 begünstigt hat: die Exporte seien von 400 Mio. Dollar auf 5,9 Mrd. Dollar angestiegen. Die Fujimori-Anhänger betonten, das Gesetz sei aufgrund der Vorteile für die Unternehmer „revolutionär“.

Für die Opposition kritisierte der Abgeordnete Hernando Zevallos (Frente Amplio), dass die Zahlen ungenau seien. Gefördert worden sei einzig die Politik zugunsten von Agrarexporten und Subventionen, wovon nur 25 Unternehmen mit 25 Mrd. Soles (6,65 Mrd. Euro) Handelsvolumen profitiert hätten. Er erinnerte daran, dass das Gesetz „Gesetz Chlimper“ genannt wird, und beantragte, dass es für eine gründlichere Prüfung an den Ausschuss zurückverwiesen wird.

Marisa Glave von der linken Oppositionspartei Nuevo Perú merkte an, das Gesetz sei für Agrarexporteure wie Chlimper maßgeschneidert, und vermutete, die Verlängerung diene lediglich dazu, Steuerbefreiungen für die Agrarexporteure sicherzustellen. „Dieses Gesetz dient dazu, den ‚Agrar-Riesen‘ eine Umsatzsteuer von nur 15% zu ermöglichen“, sagte sie

Rebecca Cruz (APP) sprach davon, dass die dauerhafte Steigerung der Agrarexporte nur durch die Ausbeutung der mehr als 250.000 Bäuerinnen und Bauern möglich war.

Dazu merkte Betty Ananculí (FP) an, dass sich die Arbeitsbedingungen der Feldarbeiter*innen verbessern müssten. „Wir sind das Vorzeigeland in der Agrarexportwirtschaft, die Arbeitsplätze für eine beachtliche Zahl von Jugendlichen und Frauen schafft“, betonte sie.

In Bezug auf die Steuererleichterungen äußerte sich Marisol Espinoza (APP) besorgt über die Verlängerung. Der Fortschritt und die Entwicklung der Kleinst- und Kleinunternehmen im Agrarexport sei dem Gesetz zu verdanken, das die Gründung von kleinen Unternehmen in der Land- und Viehwirtschaft angestoßen habe.

An der Sitzung des Kongresses nahm die (damalige) Agrarministerin Fabiola Muñoz, nicht aber die Arbeitsministerin Sylvia Cáceres teil. Muñoz lobte das Agrarexport-Fördergesetz. Es habe vor allem an der Küste positive Effekte gehabt. Sie kritisierte die Dämonisierung der Agrarexportwirtschaft und bat darum anzuerkennen, dass das Gesetz gut für das Land sei. Eher am Rande bemerkte sie, dass die Arbeitnehmer*innenrechte nicht geopfert werden dürften.

Da die Arbeitnehmer*innenrechte im Agrarsektor betroffen sind, wurde beantragt, dass das Projekt erneut im Ausschuss behandelt wird und auch an den Ausschuss für Arbeit verwiesen wird. Dies wurde mit 52 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzestext wurde mit 57 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und neun Enthaltungen verabschiedet.

Leichte Arbeits-Verbesserungen aber keine Gleichstellung

Mit der Verlängerung dieser Regelungen werden die Arbeitsbedingungen im Agrarsektor, die von den Arbeiter*innen als diskriminierend bezeichnet werden, festgeschrieben. Die kleinen Veränderungen, die beschlossen wurden, sind unbedeutend. Während ein Arbeiter nach dem allgemein gültigen Arbeitsgesetz zwölf Monatslöhne im Jahr sowie Sonderzahlungen im Juli und Dezember erhält, dazu eine Altersrückstellung in Höhe eines Monatslohns und 30 Tage Urlaub, erhalten die Arbeiter*innen im Agrarsektor nur die Monatslöhne ohne jegliche Zusatzzahlungen. Und sie bekamen nur 15 Tage Jahresurlaub. Dieser wurde nun auf 30 Tage erhöht, allerdings nur für diejenigen, die bereits länger als ein Jahr arbeiten. Das Paradoxe ist, dass das Gesetz befristete Verträge für drei Monate zulässt.

Nach Schätzungen der Nationalen Arbeitervereinigung der Agrarindustrie (Fentagro) beträgt der Arbeitslohn der Feldarbeiter*innen alles in allem zwischen 1.000 und 1.200 Soles (270 bis 320 Euro) monatlich. Walter Campos, Präsident der Vereinigung, in der landesweit 15 Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, erklärte seinen Widerspruch gegen die Pläne der Unternehmer. „Das Agrargesetz hat seine Ziele für die Unternehmer erfüllt. Sie haben davon profitiert, während wir keine Fortschritte gemacht haben. Wir haben uns wirtschaftlich nicht weiterentwickelt und haben unsere Jugend, unser Leben investiert“, sagte Campos zu LaMula.pe.

Andere Arbeiter*innen im Agrarsektor beklagten die schlechte Gesundheitsversorgung. Während die Unternehmen generell 9% der Löhne als Sozialabgaben abführen, tragen die Agrarexportfirmen nur mit 4% bei. Jetzt wurde der Anteil leicht auf 6% erhöht. Aber wie die Sozialversicherung EsSalud zu verschiedenen Gelegenheiten betont hat, müssen die Exportunternehmen genauso viel beitragen wie alle anderen, zumal sie mit den Beiträgen nur 35% der Dienstleistungen abdecken. Den Rest müssen die Unternehmen aus den anderen Wirtschaftssektoren und die Arbeiter*innen tragen.

Raúl Gavilano, Angestellter der Agrafirma Chapi in Ica, beschuldigt die Unternehmen, dass hinter dem geringen Beitrag zur Sozialversicherung „schlechte Absichten“ stehen. „Sie diskriminieren uns, sie nehmen uns nicht ernst, sie lassen uns ewig auf Termine warten. Wir müssen selbst Geld auftreiben, wenn wir zum Arzt müssen. Denn die Firma unterstützt uns nicht, wenn wir einen Unfall haben“, sagt der in der Spargel-, Avocado- und Traubenernte Beschäftigte.

Die Arbeitsbedingungen auf dem Feld sind hart: bei jeder Wetterlage, in der prallen Sonne wird schwere körperliche Arbeit verrichtet. Die am meisten verbreiteten Folgen sind Dehydratation und Rückenschmerzen. Ein 2015 veröffentlichter Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zählt die Gesundheitsrisiken der Feldarbeiter auf.

Jetzt liegt das Gesetzesvorhaben in den Händen der Exekutive. Im Mai 2018, als die Unternehmen die Verlängerung des Gesetzes anstießen und die Fujimori-Partei diese im Kongress beantragte, lobte Präsident Vizcarra die Arbeitsbestimmungen im Agrarexport-Sektor.

„Ich glaube, das Gesetz hat der Entwicklung der Agrarexporte großen Nutzen gebracht. Wir als Regierung wollen weiter von den Vorteilen dieser Bestimmungen profitieren. Sie haben dem Land sehr genützt. Und wenn etwas korrigiert werden muss, werden wir es korrigieren.“

Das bedeutet: Es geht nicht um eine Verlängerung für nur zehn Jahre. Die Unternehmens-Privilegien sollen für immer gelten.

Jorge Paucar Albino / La Mula

Übersetzung Annette Brox

Original in spanisch vom 20.09.2019: <https://redaccion.lamula.pe/2019/09/20/regimen-laboral-agrario-empresas-agroexportadoras-beneficios-trabajadores-impuestos-fujimorismo-ejecutivo/jorgepaucar/>

6. Sprachpolitik in einer gespaltenen Gesellschaft

Vom politischen Umgang mit der Sprachenvielfalt in Peru.

*Am 15. Oktober hat die Literaturwissenschaftlerin Roxana Quispe erstmals eine auf Quechua geschriebene Doktorarbeit an der staatlichen San Marcos-Universität verteidigt und damit einen positiven Meilenstein gesetzt für die Anerkennung des Quechua als Wissenschafts-Sprache. Darüber darf man aber nicht vergessen, dass bis heute kein Schüler*in in Lima-Stadt auch nur eine Stunde Quechua im regulären Lehrplan hat, obwohl es vielleicht die Sprache seiner Eltern oder Großeltern ist. Warum das so ist, und was sich für die Sprecher*innen indigener Sprachen in Peru dennoch zum Positiven gewandelt hat, beschreibt die Linguistin Carola Mick in diesem Artikel.*

Peru ist nicht nur in Bezug auf die geographischen und klimatischen Bedingungen oder die Artenvielfalt ein Land der Superlative, sondern weist auch eine außergewöhnliche kulturelle Vielfalt auf: Seit Juli 2011 hat die Regierung neben dem Spanischen 48 indigene oder autochthone Sprachen anerkannt – im Vergleich: in Ecuador sind es 14 und in Bolivien 36. Wie auch in Ecuador genießen diese 48 Sprachen in Peru den Status als Amtssprachen auf regionalem Niveau; anders als in Bolivien, dessen Verfassung allen Sprachen den gleichen offiziellen Status als Staatssprachen zuweist, ist in Peru (und Ecuador) allerdings nur das Spanische im ganzen Territorium als Amtssprache gültig ([Sprachengesetz N°29735](#)). Diese 48 unterschiedenen Sprachen in Peru werden nach [Angaben des Bildungsministeriums](#) 19 Sprachfamilien zugeordnet, was bedeutet, dass sie sich von der Struktur her so sehr unterscheiden, dass das gegenseitige Verständnis ihrer jeweiligen Sprecher*innen nicht gewährleistet ist. Gemäß der letzten Volkszählung des Nationalen [Statistikamts \(INEI\) aus dem Jahr 2017](#) haben ca. 16% der Peruaner*innen in ihrer Kindheit in einer indigenen Sprache sprechen gelernt, während das Spanische nur ihre (eine ihrer) Zweitsprache darstellt, die sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten bereits in der Kindheit, während der Schulzeit oder erst im Erwachsenenalter erlernt haben.[1] Zum Vergleich: In der Europäischen Union gibt es 24 Amtssprachen, die nur drei Sprachfamilien angehören, und trotz dessen muss jährlich ungefähr eine Milliarde Euro in Übersetzungs- und Dolmetscheraufgaben investiert werden. Wie löst der peruanische Staat eine mehr als doppelt so große Herausforderung?

Eine kulturell und sprachlich gespaltene Gesellschaft

Schon vor der Ankunft der spanischen Kolonialherren gab es in Peru ein Nebeneinander der in Verwaltung und Handel vorherrschenden Verkehrssprachen Quechua und, begrenzter, Aimara, gegenüber den auf lokaler, gemeinschaftlicher Ebene dominierenden anderen Sprachen und ihren Varietäten. In der Kolonialzeit wird das Quechua aus den meisten Bereichen vom Spanischen verdrängt, nur die Kirche bleibt den Sprachen der Indigenen und dem Quechua gegenüber noch bis zur Herrschaft von Carlos III. (ab 1770) ein wenig offener. Trotz der Anerkennung von Bürgerrechten für indigene Bevölkerung durch die Unabhängigkeitserklärung von San Martín im Jahre 1821 mussten mehr als 150 Jahre ‚republikanischer‘ Geschichte vergehen, bis im Jahre 1975 im Zuge der Militärdiktatur von Juan Velasco Alvarado Quechua zur zweiten Amtssprache erklärt wurde. Auch wenn die Reformen Velascos sehr umstritten waren und sind, ist seitdem die Sprachenvielfalt in Peru Teil der politischen Agenda.

Die darauffolgenden Verfassungen von 1979 und 1993 übernehmen das Mehrsprachigkeitsprinzip sogar in erweiterter Form, da auch Aimara und „die anderen indigenen Sprachen“ (*las demás lenguas aborígenes*) davon formal profitieren. Aufgrund des dominanten einsprachigen kolonialen Erbes der weiterhin einflussreichen spanischsprachigen Eliten wird die Bilinguale Interkulturelle Erziehung (EBI) in den 1980er und 1990er Jahren aber zunächst nur als eine Art Kompensationsprogramm für Schulen in ärmeren und ländlichen Bezirken angesehen. Noch heute haben beispielsweise in der Großregion Lima ausschließlich die Kinder der elf [\[2\]](#) im [Bezirk Oyón](#) die Möglichkeit, Quechua zu erlernen, alternativ bleiben sonst nur noch die gezählten privaten Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Will man in Lima eine andere indigene Sprache erlernen, muss man ihre Sprecher*innen ausfindig machen und davon überzeugen, sich als Privatlehrer*innen zu betätigen. Interkulturalität und Zweisprachigkeit werden im weiterhin vorherrschenden nationalen Bildungsmodell nur als eine Zwischenstation verstanden, deren Ziel die Einpassung der Schüler*innen in eine einsprachig und monokulturell konzipierte nationale Gesellschaft ist.

Mit dem Wechsel der Reihenfolge der Buchstaben im Namen, von EBI zu EIB (*Educación Intercultural Bilingüe*), wird diese Form der ‚Interkulturalität‘ jedoch ab Beginn des 21. Jahrhunderts in Peru vermehrt problematisiert, und es kommt nach und nach das Bewusstsein auf, dass die schlechten Bildungsergebnisse zwei/mehrsprachiger Schüler*innen mit der Diskriminierung zusammenhängen, die sie und ihre Gemeinschaften in einer einsprachig organisierten dominanten Gesellschaft erfahren.

Die Durchsetzung von Sprachrechten indigener Völker in Peru

Seit der Ratifizierung seiner Unterzeichnung durch das peruanische Parlament im Jahre 1993 hat das Übereinkommen N°169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Peru Verfassungsstatus; damit verpflichtet sich der peruanische Staat unter anderem, Sprachenrechte indigener Völker umfassend zu garantieren (Artikel 28). Erst die immer lauter werdenden Stimmen indigener Völker und die auf die Tragödie von Bagua im Juni 2009 folgenden Wahlversprechen haben jedoch Früchte getragen: Das Vizeministerium für Interkulturalität im in diesem Zuge gegründeten Kulturministerium ist seitdem mit der Implementierung des Gesetzes der vorherigen Konsultation indigener Völker ([Ley del Derecho a la Consulta Previa a los pueblos indígenas u originarios, N°29785](#)) beauftragt.

Seine Sprachenabteilung hat in diesem Hinblick bislang die Standardisierung von 42 indigenen Sprachen und die Verabschiedung von auf der Basis existierender Vorschläge[\[3\]](#) partizipativ erarbeiteten Alphabeten abgeschlossen, was für eine

Ausweitung des bilingualen Bildungsangebots oder auch für die Übersetzung offizieller Dokumente nötig ist. Seit 2012 finden mindestens einmal jährlich staatlich organisierte Ausbildungen für Übersetzer*innen und Dolmetscher*innen statt, von deren Angebot die Sprecher*innen [von bisher 37 indigenen Sprachen](#) profitieren können, wenn sie mit den Institutionen in ihrer Sprache kommunizieren wollen. Vom Bildungsministerium in Kooperation mit lokalen Organisationen erstellte Materialien für bilinguale Grund- und Vorschulen existieren bislang in [27 Einheimischensprachen](#).

Die im Jahre 2014 nach vorheriger Konsultation mit indigenen Organisationen beschlossene Reglementierung des 2011 verabschiedeten Sprachengesetzes garantiert Sprachenrechte umfassender. In diesem Zuge zertifiziert zum Beispiel das Vizeministerium für Interkulturalität zweisprachigen Beamten*innen, die sich bislang oft vor Kolleg*innen für ihre Mehrsprachigkeit schämten, ihre Sprachenkenntnisse zu zertifizieren, um den Bürgerservice zu verbessern. So können nun beispielsweise Eltern den von ihnen verwendeten Shipibo-Namen [Metsá Biri](#) (bedeutet: ‚leuchtend schön‘) ihrer Tochter im Personalausweis eintragen lassen, wofür sie sich vorher ein spanisches Pseudonym ausdenken mussten[4].

21 Sprachen im peruanischen Amazonasgebiet sind vom Aussterben bedroht

Auch die Revitalisierung vom Aussterben bedrohter Sprachen in Peru ist mittlerweile eine Priorität des Vizeministeriums für Interkulturalität. Gemäß der [UNESCO](#) sind in der peruanischen Amazonasregion 21 Sprachen vom Aussterben bedroht, weil sie über sehr wenige, fast ausschließlich erwachsene und/oder isolierte Sprecher*innen verfügen, was ihre Weitergabe an die folgende Generation gefährdet. Vor zwei Jahren zum Beispiel wurde Amadeo García, der damals 68-jährige letzte Sprecher des Taushiro vom Kulturministerium zum Anlass des internationalen Tages der Muttersprachen geehrt, 2018 widmet sich ihm der Dokumentarfilm [Ucuañuca](#) und man kann seine Stimme auf einer im Internet verfügbaren [Laut-Landkarte](#) (*mapa sonoro*) abspielen. Aber mangels Kommunikationsmöglichkeiten mit Anderen wird seine Sprache dadurch natürlich leider nicht lebendiger.

Es gibt wenige Vorbilder, wie man eine vom Aussterben bedrohte Minderheitensprache wiederbeleben kann, aber im Falle des Quechuas sind die Sprecherzahlen in den zehn Jahren zwischen den letzten Volkszählungen um fast eine halbe Million gestiegen, von 13.0% auf 13.6% der Bevölkerung. Die Sprache profitiert von ihrem interregionalen und internationalen Sonderstatus, was zeigt, dass die Revitalisierung der indigenen Sprachen einer gemeinsamen Anstrengung von Politik, Zivilgesellschaft, Familien und allen Bereichen des Gesellschaftslebens auch über die Grenzen hinweg bedarf: Die Weitergabe einer Sprache an die nächste Generation findet dann erfolgreich statt, wenn der Alltag Gelegenheit dazu gibt, Wortschatz und Kommunikationsfähigkeit zu aktualisieren und entwickeln.

Teils auf Anregung des indigenen Kulturvereins Chirapaq haben in diesem Hinblick mehrere lokale und regionale Radiosender indigene Sprachen in ihr Programm integriert. Der staatliche Fernsehsender TV Peru bietet mittlerweile einmal täglich auf nationaler Ebene ausführliche Fernsehnachrichten in Quechua ([Ñuqanchik](#), 5h30am, seit 2016) und Aimara ([Jiwasanaka](#), 5am, seit 2017), seit 2018 wird am Samstagmorgen das Kulturmagazin [Ashi Añane](#) in Asháninka ausgestrahlt, und dieses Jahr haben Radio Nacional und TV Peru ein Regionalprogramm in Shipibo-Konibo aufgenommen, welches auch den Sprecher*innen anderer Sprachen in Ucayali Aufmerksamkeit widmen will.

Natürlich sind vor allem die Jugend und die Bildungsarbeit gefragt, wobei dies nicht nur eine institutionelle Aufgabe ist: In der Kukama-Kukamiria-Gemeinde in Loreto haben die rechtzeitigen gemeinsamen Anstrengungen der Generation der Ältesten und der Jugendlichen in Zusammenarbeit mit dem regionalen Sender Radio Ucamara und vielseitiger Unterstützung beispielsweise der Münchener Gruppe *Create your Voice* oder von Studierenden der Pontificia Universidad Católica del Perú Früchte getragen: Die [Sprache](#) erfreut sich heute nicht nur innerhalb der Gemeinde einer regen Verwendung, sondern lebt auch in [populären Musikvideos](#) auf Youtube und Facebook weiter, ebenso wie die Quechua-Lieder des Rappers [Liberatokani](#) oder die Quechua-Übersetzungen von Popmusik der Sängerin [Renata Flores](#).

Überhaupt scheinen die in den indigenen Gemeinden sehr verbreiteten neuen Technologien (das Handy!) ein strategisch wichtiges Instrument der Sprachvitalisierung zu sein: Das Vizeministerium für Interkulturalität hat im Jahr 2017 [Applikationen zum Erlernen von Grundkenntnissen](#) in 15 indigenen Sprachen entwickelt, die man sich auf das Handy herunterladen kann. Daneben soll es auch Initiativen geben, indigene Sprachen im Online-Übersetzungsservice Googletranslate als Option anzubieten. Blogger*innen veröffentlichen in ihren Facebook-Konten oder auch auf Lamula.net mehrsprachig (zum Beispiel: [Escribiendo la Amazonía](#), auf Spanisch und Wampis, Isabel Ananco). Mit der Verabschiedung der standardisierten Alphabete und der voranschreitenden Alphabetisierung der Schüler*innen in ihren Sprachen kommen immer mehr Bücher in indigenen Sprachen oder zweisprachig auf den Markt, nicht nur schulisches Material, wovon auch die mündliche Literatur in indigenen Sprachen profitiert. Bis zum 21. November können bei der [Defensoría del Pueblo](#) außerdem Beiträge zum Poesie-Wettbewerb in indigenen Sprachen eingereicht werden.

Peruanische Sprachpolitik gilt trotz Einschränkungen als Vorbild in der Region

Obwohl die Anerkennung der indigenen Sprachen aus verfassungsrechtlicher ebenso wie kultureller Sicht in Peru weniger weit geht als in den Nachbarländern Bolivien und Ecuador, inspirieren die konzipierten sprachpolitischen Maßnahmen Perus andere Regierungen, wie zum Beispiel die Region Chaco in Argentinien. Neben den noch nicht abgeschlossenen oben genannten Aufgaben sowie der konkreten Durchsetzung der angekündigten sprachpolitischen Maßnahmen bleiben aber weitere große Herausforderungen, wie beispielsweise die Verankerung interkultureller und mehrsprachiger Prinzipien im regulären Bildungssystem und auf der institutionellen Ebene generell^[5]; die Öffnung der Sprachenpolitik für sprachliche Variation über die anerkannten Sprachgemeinschaften hinaus; die zweisprachige Erziehung auf Sekundarschul- und Hochschul-Niveau; die Ausweitung des Stipendienangebots für Studierende aus indigenen Gemeinschaften; die Verankerung einer kontinuierlichen Repräsentation indigener Völker auf institutioneller Ebene; ... Es ist klar, dass das Ringen indigener Sprachen ums Überleben keinen Selbstzweck darstellt, sondern vom Zusammenhalt einer plurikulturellen Gesellschaft handelt.

Carola Mick

Carola Mick ist Romanistin, Assistenzprofessorin am Lehrstuhl für allgemeine Sprachwissenschaften an der Universität von Paris (René Descartes). Sei fast vier Jahren arbeitet sie für das französische Institut für Entwicklungsforschung (IRD) an einem wissenschaftlichen Projekt zum Prinzip der vorherigen Konsultation indigener Völker, in Zusammenarbeit mit der Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP).

Fussnoten:

- [1] Nicht alle dieser Sprecher*innen identifizieren sich mit einem indigenen oder autochthonen Volk (25.7%), und nur 57% dieser Personen, die sich einem indigenen Volk zugehörig fühlen, haben eine indigene Sprache als Erstsprache erlernt. Die Statistik sagt nichts über Zwei- oder Mehrsprachigkeit aus.
- [2] Es handelt sich um drei Kindergärten, sechs Grundschulen und zwei Sekundarschulen, gemäß Angaben des Bildungsministeriums aus dem Jahre 2013.
- [3] Insbesondere das missionarisch motivierte und politisch nicht unumstrittene US-amerikanische Sommerinstitut für Linguistik (SIL) war diesbezüglich sehr aktiv.
- [4] Das dafür zuständige Amt erstellt seit 2012 die Serie "Namensschätze" (*tesoros de nombres*) in indigenen Sprachen, die als Leitfaden für ihre Veramtlichung dient.
- [5] Es existiert zwar das theoretische Modell der interkulturellen Erziehung für alle (*Educación intercultural para Todos*, EIT), im nationalen Lehrplan taucht das Konzept aber nicht auf.

7. Indigene Sprachen erfahren Aufwertung

Vom 25. bis zum 27. September fand in Cusco die internationale „Regionalkonferenz für Indigene Sprachen für Lateinamerika und die Karibik“ statt. Die vom peruanischen Kulturministerium und der UNESCO organisierte Konferenz hatte das Ziel, im Austausch mit Akteur*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik konkrete politische Forderungen zur Förderung indigener Sprachen hervorzubringen. Thematische Schwerpunkte waren Sprachrechte, Revitalisierung, Immaterielles Kulturerbe, Interkulturelle und Bilinguale Bildung sowie neue Technologien und Medien für die Förderung indigener Sprachen.

Schon in seiner Rede zur Eröffnung der Konferenz machte der damalige peruanische Kulturminister Castillo Butters deutlich: Um indigene Sprachen anzuerkennen, reichen Worte der Wertschätzung nicht aus. Stattdessen sind konkrete politische Handlungen gefragt, die die Anerkennung der indigenen Sprachen auch umsetzen. Dabei müssen die Situation und Interessen der Sprecher*innen indigener Sprachen einbezogen werden. Begrüßt wurde deshalb die Teilnahme und die Panelbesetzungen mit vielen Sprecher*innen indigener Sprachen.

Eine von Ihnen ist **Nely Huayta (33)**, die am Panel zu Neuen Medien teilnahm. Die zertifizierte Übersetzerin, Aktivistin und Sozialarbeiterin berichtete über ihre Arbeit als Radiomoderatorin beim quechua-sprachigen Radiosender "Radio Onda Azul" als Teil der *Red Kechwa Satelital* in Puno. Nely bemerkte, dass der Titel „Regional“ der Konferenz wohl missverständlich sein könnte, denn in der Tat nahmen Personen, Stake Holder und Aktivist*innen aus sehr vielen Ländern teil.

Positiv ist auch anzumerken, dass die Konferenz selbst mehrsprachig war. Nur wenige Sprecher*innen hielten ihre Beiträge jedoch ausschließlich in einer indigenen Sprache. So

entschied sich auch Nely Huayta aus zeitpragmatischen Gründen dafür, ihren Vortrag auf Spanisch zu halten, auch wenn dies für sie bedeutete, in einer Sprache, in der sie sich unsicher fühlt, präsentieren und diskutieren zu müssen.

Wachsender Arbeitsmarkt fuer indigene Sprecher*innen

Den Kongress sowie die die dort besprochenen und bereits erfolgte politische Anerkennung indigener Sprachen erlebt sie als emanzipatorischen und stärkenden Prozess. Als zertifizierte Übersetzerin reist Nely Huayta etwa für die Durchführung von Vorabkonsultationen (*consulta previa*) in viele Dorfgemeinschaften und erlebt auch dort, dass der Wert der Sprachen und des Spracherhalts nun anerkannt wird. Dies stellt eine Verbesserung dar gegenüber der krassen Diskriminierung, die Sprecher*innen indigener Sprachen bis vor kurzem noch erleben mussten, und die selbstverständlich auch heute noch starke Auswirkungen hat, etwa wenn Eltern auf Grund ihrer eigenen Diskriminierungserfahrung nicht wollen, dass ihre Kinder in der Schule ihre indigenen Sprachen lernen.

Die Zertifizierung als Übersetzerin für indigene Sprachen ist ein Beispiel dafür, wie indigene Sprachen ein Plus für die Jobsuche werden könnten. Weshalb werden Menschen mit englischen Sprachkenntnissen in Peru bevorzugt eingestellt, während Kenntnisse in indigenen Sprachen von Bewerber*innen häufig verschwiegen werden? Weshalb werden in staatlichen Institutionen auf dem Land Beamte und Bürger gezwungen, auf Spanisch zu interagieren, wo sie beide womöglich eine gemeinsame Muttersprache sprechen?

Quechua ja – aber welcher Standard?

Wenn Sprachen standardisiert werden, so ist dies selbstverständlich auch ein Prozess, der mit Macht verknüpft ist. In Peru gibt es aktuell einen zuweilen heftig ausgetragenen Konflikt um die Quechua-Schreibweise und das fünf- bzw. dreivokalige Schreibsystem.

Nely Huayta kritisierte an dieser Stelle, dass dieser Konfliktpunkt auf der Konferenz eine zu große Rolle einnahm, da Quechua nicht die einzige indigene Sprache Peru ist, sondern eine von 48, und viele Teilnehmer*innen aus anderen Ländern kamen. Konsens war jedoch wohl, dass dann, wenn man Anerkennung für eine Sprache fordert, auch die unterschiedlichen Formen und Einzelheiten der jeweiligen Sprachen anerkannt werden.

Jede Sprache und all ihre Varietäten und Dialekte müssen respektiert werden, fordert auch die Ethnologiestudentin Solischa Secca Noa (21) aus Cusco, die ebenfalls am Kongress teilnahm. Neben dem Diskussionsprogramm mit vielen interessanten Beiträgen lobt Solischa Secca den Rahmen und die Stimmung auf dem Kongress. Der Kongress ermöglichte ihr die Vernetzung mit vielen angereisten Aktivist*innen, und sie berichtet von einem solidarischen, freundschaftlichem und vertrauensvollem Umgang miteinander.

Der Kongress lenkte den Blick nicht nur auf die Sprachen, sondern vor allem auf die Sprecher*innen als Akteur*innen gelebter Kommunikation. Eine Schlussfolgerung und ein Gewinn des Kongresses könnte die Priorisierung der Sprecher*innen vor Sprache sein. Damit Sprache gefördert werden kann, muss zunächst möglichst vorurteilsfrei erkannt werden, wer die Sprecher*innen sind, welche Interessen sie verfolgen, und wo sie sich befinden. Durch Armuts- und Arbeitsmigration sind auch in der Hauptstadt Lima viele Sprecher*innen indigener Sprachen anzutreffen. So befindet sich der Distrikt mit der

höchsten Anzahl an Sprecher*innen indigener Sprachen in der Hauptstadt Lima: San Juan de Lurigancho.

Sprache ist in ständiger Veränderung begriffen. Wie wir sie verwenden, um zu kommunizieren, kann unheimlich stark variieren. Wie eine konstruktive, interessante und vielsprachige Kommunikation umgesetzt wird, konnte ich auf diesem Kongress beobachten.

Sebastian Ritter Choquehuanca

Deutsch-Peruaner, studiert Ethnologie, Linguistik und Literatur in München.

Aufzeichnungen und Informationsmaterial der Konferenz findet man unter <https://www.facebook.com/events/en-cusco/congreso-regional-de-lenguas-ind%C3%ADgenas-para-am%C3%A9rica-latina-y-el/341254920162334/>

8. Als schmutzige Lügnerinnen beschimpft

Zwangssterilisierte Frauen in Peru kämpfen immer noch um ihre Anerkennung.

„Wir fordern Respekt und denunzieren die Drohungen gegen unsere Organisationen“. Unter diesem Leitsatz publizierte die nationale Betroffenenorganisation zwangssterilisierter Frauen AMPAEF (Asociación de Mujeres Peruanas Afectadas por Esperilizaciones Forzadas) am 12. August 2019 eine Stellungnahme auf ihrer [Facebookseite](#). Sie forderte damit ein Ende der politischen Instrumentalisierung durch verschiedene Parteien. Besonders im Norden des Landes, in Huancabamba, sei die Lage untragbar, heißt es in der Stellungnahme. Die sich für die Aufarbeitung der Zwangssterilisationen einsetzenden Frauenverbände seien aktuell massiven Einschüchterungs- und Diffamationsversuchen ausgesetzt.

Zwei Jahrzehnte ist es her, dass in Peru etwa 350 000 indigene Frauen und 25 000* Männer zwangssterilisiert wurden. Fast genau so lange dauern nun auch schon die Kämpfe für Gerechtigkeit an, die die selbstorganisierten Frauen führen. Leider stellen auch die in der Stellungnahme angeprangerten Vorfälle keineswegs ein Novum dar.

Andauernde Bedrohungen

So berichtete Rute Zúñiga, die Präsidentin von AMPAEF und AMAEF, einer regionalen Betroffenenorganisation in Cusco, im Jahr 2017, dass ein Hauptproblem ihres Protestes das kontinuierliche Bedrohtwerden sei. Die Frequenz und Intensität der Drohungen gegen die politisch aktiven Frauen veränderten sich je nach politischer Konjunktur. Schlimm sei das Jahr 2016 gewesen, als Keiko Fujimori für die Präsidentschaft kandidierte, berichtet Rute Zúñiga. Bei Behördengängen, bei welchen sich die Frauen als Opfer von

Zwangssterilisation zu erkennen geben, kam es zu zahlreichen Fällen von Belästigung durch Mitarbeiter*innen – etwa bei den Registrierungsstellen des nationalen Opferregisters Reviesfo. Die Mitglieder von AMAEF mussten sich Sätze anhören, durch die Täter zu vermeintlichen Opfern verkehrt wurden: „Der arme Alberto Fujimori, wie könnt ihr ihn beschuldigen!? Tut es euch nicht leid, dass er im Gefängnis ist!? Der Arme, und ihr beschuldigt ihn noch.“ Weitere Äußerungen lauteten: „Habt ihr etwa Geld für den Gerichtsprozess? Gleich kommt ihr ins Gefängnis. An dem Tag, an dem Keiko gewinnen wird, wird sie euch Süßes schicken mit Gift darin.“ Diese Vorfälle bereiten den Frauen große Sorgen und führen dazu, dass sie vor Behördengängen Angst haben, erzählt Rute Zúñiga.

Auch sie selbst wurde wiederholt bedroht: „Ich erhielt Anrufe mitten in der Nacht, zu jeder Zeit. Sie riefen mich an und bedrohten mich und sagten, «Wenn du da mit drin steckst und den Frauen die Lüge in den Kopf setzt, dass sie gezwungen waren, sich operieren zu lassen, dann weißt du nicht, was dir geschehen wird.»“.

Scham vor dem Outing

Sie erzählt auch, wie innerhalb der Gemeinden gegen ein ‚Selbst-Outing‘ der Frauen als Opfer von Zwangssterilisation Stimmung gemacht wird. Auch deshalb haben viele betroffene Frauen nach wie vor Angst und empfinden Scham. Dies wird durch schlechte Behandlung in staatlichen Krankenhäusern verstärkt, resümiert Rute Zúñiga. Ihre langjährige Mitstreiterin María Esther Mogollón berichtet in einem Interview ebenfalls von diskriminierender Behandlung durch das medizinische Personal. Sie selbst habe dies in einem Krankenhaus in Cusco miterlebt, als sie eine Gruppe betroffener Frauen zu einer durch das Gesundheitsministerium angeordneten ärztlichen Untersuchung begleitete. Dort wurden die Frauen als „schmutzige Lügnerinnen“ beschimpft, die sich „grundlos beschweren“.

María Esther Mogollón unterstützt AMAEF bereits seit 1997 von Lima aus. Auch sie wurde im Zuge ihres politischen Engagements bedroht: „Sie haben mich an einem Tag bestimmt hundert Mal angerufen und gesagt: «Ich habe deine Internetseite gesehen. Ich will mit einer von euch ausgehen.»“ María Esther Mogollón konnte durch das Einschalten einer Anwältin herausfinden, dass eine Internetseite mit den Namen und Telefonnummern ihrer Kolleginnen mit dem Hinweis erstellt worden war, dass sie sexuelle Dienste anbieten würden. Die Seite war in Miami aufgesetzt worden, konnte aber von ihrer Anwältin gesperrt werden.

Erster Enthüllungsbericht vor 20 Jahren

Auch weitere Menschenrechtsaktivist*innen im Umfeld von AMAEF fielen Telefonterror zum Opfer. Der vielleicht prominenteste Fall ist jener der feministischen Menschenrechtsaktivistin Giulia Tamayo. Sie publizierte 1998 unter dem Titel „[Nada Personal](#)“ einen umfangreichen Enthüllungsbericht über die Zwangssterilisationen. In Folge des Bekanntwerdens von „Nada Personal“ wurde sie dermaßen bedroht, dass sie

sich gezwungen sah, mit ihrer Familie ins Exil nach Spanien zu ziehen. María Esther Mogollón erinnert sich gut an diese Zeit, als ihre Mitstreiterin Giulia Tamayo täglichem Telefonterror ausgesetzt war und gar einen Einbruch in ihre Wohnung miterleben musste. Sie ist überzeugt davon, dass es sich bei den Aggressoren, wie in ihrem eigenen Fall auch, um Sympathisant*innen von Alberto Fujimori handelte.

Die Erzählungen von Rute Zúñiga und María Esther Mogollón verdeutlichen, dass sie und ihre Mitstreiter*innen in den zwei Jahrzehnten ihres Einsatzes für die Aufarbeitung der Zwangssterilisationen kontinuierlicher Verleumdung und unterschiedlichsten Drohungen ausgesetzt waren. Sie vermitteln damit eindrücklich, wie umkämpft und unabgeschlossen das Kapitel der Zwangssterilisationen in Peru ist. Die Zwangssterilisationen selbst scheinen für sie nur ein qualvoller Tiefpunkt zu sein und stellen keinesfalls ein Ende der institutionellen Diskriminierung und Gewalt dar, die sie als (indigene) Frauen erleben. Die juristische und damit gesellschaftliche Aufarbeitung der Zwangssterilisationen ist vor diesem Hintergrund besonders wichtig. Durch sie kann zumindest unter dieses dunkle Kapitel ein Schlussstrich gezogen werden.

Gerichtsverfahren eingeleitet

Wie sieht die aktuelle Situation der Aufarbeitung aus? Im November vergangenen Jahres wurde einer Sammelklage der Opfer stattgegeben und ein Gerichtsverfahren gegen die verantwortlichen Politiker und Funktionäre eingeleitet. Dies ist ein wichtiger Etappensieg. Für die politisch aktiven betroffenen Frauen sind damit die Schwierigkeiten jedoch nicht beendet. Dies verrät auch der letzte Absatz der oben genannten Stellungnahme von AMPAEF. Dort heißt es: „Wir möchten die Zivilgesellschaft und die Behörden darüber in Kenntnis setzen, dass wir Ziel von Drohungen sind. Man will nicht, dass wir uns selbst organisieren und auch nicht, dass wir unser Anliegen weiter verfolgen.“ Das Schriftstück von AMPAEF ist unmissverständlich: Auch gegenwärtig unter der Präsidentschaft von Martín Vizcarra ist die Situation für die Betroffenenorganisationen und ihr Unterstützer*innen-Netzwerk äußerst schwierig. Wie bereits in den Jahren zuvor führt eine Phase politischer Instabilität auf nationaler Ebene zu stärkerer Unsicherheit für die Mitglieder der Betroffenenorganisationen.

Trotz der schwierigen Lage betonen die Aktivistinnen in ihrer Stellungnahme: „Wir machen ohne Angst weiter.“

Manuela Barriga

Weitere Literaturtips : https://www.deutschlandfunk.de/zwangssterilisierungen-grausame-familienpolitik-in-peru.1773.de.html?dram:article_id=345930

9. Sodalicio der Landspekulation bezichtigt

Weintrauben und Früchte, die auf mittels undurchsichtiger Machenschaften erworbenem Land in Nordperu, angebaut werden, könnten auch in Deutschland verkauft werden. Mitglieder der ultrakatholischen Sekte „Sodalicio“ sollen dabei eine unrühmliche Rolle spielen.

Die ultrarechte katholische Organisation Sodalicio de Vida Cristiana ist in Peru hauptsächlich durch sexuelle Übergriffe und Kinderschändung in ihren Einrichtungen bekannt geworden. Deren Gründer und Hauptverantwortlicher Luis Figari lebt bis heute im „Kirchenasyl“ seiner Organisation in Rom. Aber die Sodalicio-Mitglieder sind weiter aktiv. U.a. werden Mitglieder von Sodalicio bezichtigt, in Landspekulationen verwickelt zu sein, wie das Nachrichtenportal Wayka berichtete

Der jüngste Fall spielt in Catacaos, an der nördlichen Küste Perus, in der Region Piura .

Unchristlicher Landraub

40 Mitglieder der Bauern-Dorfgemeinschaft San Juan Bautista fuhren von Catacaos in die Hauptstadt Lima, um dort gegen die juristischen und körperlichen Angriffe durch Landspekulanten, die mit Sodalicio verbunden sind, zu protestieren. Diese Übergriffe gehen seit 2011. Weil die Kleinbauern der Dorfgemeinschaft ihr Land verteidigen, wurden bisher 40 angeklagt, 20 wurden durch Schläge und Kugeln verletzt, drei starben bisher.

Die Journalist*innen des peruanischen Nachrichtenportals Wayka haben, zusammen mit der peruanischen Nationalkoordination für Menschenrechte, die Ursachen für diese schlimme Situation recherchiert (<https://t1p.de/v7u3>)

Hinter den Attacken stehen die Unternehmen „Asociación San Juan Bautista“, und DEFRUSA. Dahinter wiederum stehen Führungspersonen von Sodalicio.

Nach Aussage der Bauern von San Juan Bautista ist folgendes geschehen:

Es begann mit einer getricksten Versammlung der Vereinigung San Juan Bautista – mit Sodalicio-Verbündeten (die quasi als Dorfgemeinschaft mit Namen San Juan Bautista agierten). Der dabei gefällte Beschluss, 9.985 Hektar Land zu verkaufen, geschah unter anderem mit gefälschten Unterschriften und sogar mit Namen von verstorbenen Personen. Die Namen der einzelnen Firmen sagen uns hier nicht viel, werden aber der Transparenz wegen genannt. Zuerst wurde das Land an die Firma *Pampa Loma Vega* verkauft. Diese vergab 62% dieses Landes an vier Unternehmen (mit Sodalicio-Leuten), 38% des Landes wurde für nur 1.000 Soles (ca. 300 €) an die Firma San Gerardo verkauft. Diese Strohmänner verkauften das Land dann an Carlos Herrera und seine Frau. Nach einem Jahr verkauften diese das Land an die Asociación San Juan Bautista (nochmals: nicht die Dorfgemeinschaft gleichen Namens), die die ursprüngliche Übergabe in die Wege geleitet hat. Dieses Mal für 2.029.973 Dollar. Diese sollen Zahlungen in Höhe von ca. 70.000 Soles (ca. 25.000 €) an die kriminelle Bande „Gran Cruz del Norte“ getätigt haben, die die

Überfälle auf die Bauern der Dorfgemeinschaft San Juan Bautista verübten. Die Anführer dieser Bande wurden inzwischen zu Haftstrafen zwischen 15 und 25 Jahren verurteilt.

Zurück zum Geschäftlichen:

Die Sodalicio-Organisation San Juan Bautista verkaufte das Land dann für 3.110.635 Dollar an die Firma San José SAC, und diese verkaufte es weiter an das Unternehmen Desarrollo Fruticola Sudamericana (DEFRUSA). Die JournalistInnen von Wayka (<https://t1p.de/v7u3>) beurteilen dieses Vorgehen als einen klaren Versuch, illegal in Besitz genommenes Land zu verteuern und die Besitzstrukturen zu verwischen.

Und, was hat das mit „uns“ in Deutschland zu tun?

Das Unternehmen DEFRUSA , mit Sitz im gutsituierten Viertel Miraflores in Lima, lässt u.a. Zitronen auf seiner Plantage Fundo Fatima und Weintrauben für den Export anbauen. Viele Weintrauben kommen inzwischen aus Peru in unsere Geschäfte.

Vom damaligen Landwirtschaftsministerium wurde die Firma DEFRUSA im Jahr 2018 als qualifiziert arbeitendes Unternehmen ausgezeichnet. Wenn man in einem Geschäft Zitronen oder Weintrauben von Fruticola Sudamericana (DEFRU/ DEFRUSA) sieht, kann man diese Packung einfach liegen lassen.

Auf unsere Anfrage an den Erzbischof von Piura, José Antonio Eguren Anselmi, Gründungsmitglied von Sodalicio in Peru, was er über diese Situation weiß und wie er handelt, erhielten wir von Schwester Gloria Pilaquano (Sekretariat) folgende Antwort: „Auf ihre Anfrage möchte ich mitteilen, dass weder die Erzdiözese von Piura noch der Herr Erzbischof Kenntnis von dieser Angelegenheit haben, noch in die Sache involviert sind“. (20.9.19)

Heinz Schulze

10. Bergbau oder Landwirtschaft ? Territoriale Entwicklung zuerst!

Ein Kommentar von Carlos Herz zu den Ereignissen um Tía María

Die Ereignisse um das Bergbauprojekt Tía María haben deutlich gemacht: Wir befinden uns in einer Staatskrise, der Regierung fehlt es offensichtlich an Legitimität und Repräsentativität. Wo bleiben Zivilgesellschaft, Demokratie, Dialog? Und es fehlt uns eine gemeinsame Zukunftsvision für ein Entwicklungsmodell für dieses Land.

Dies macht die Analyse und die Suche nach Lösungen noch komplexer, egal ob es um die Problematik von Tía María, den Flughafenbau in Chinchero, den Bau von Staudämmen oder um Kakao- und Palmölplantagen im Primärwald geht.

Im Konflikt um Tía María rührt die massive Ablehnung der Mine vom großen Risiko für die Wasserversorgung her, die für die Land- und Viehwirtschaft als wichtigste wirtschaftliche Aktivität im Tambo-Tal so nötig ist. Der Konflikt wird noch verschärft durch die Vorgeschichte des Minenunternehmens, die [großes Misstrauen provoziert](#).

Wichtig ist hervorzuheben, dass einige der Bergbaugegner*innen mittlere und große Agrarunternehmer*innen sind, die ihre Investitionen bedroht sehen. Das zeigt, dass die Ablehnung des Bergbauprojektes kein Widerstand gegen private Investitionen generell ist, wie es in den Medien gerne behauptet wird. Vielmehr werden Alternativmodelle für wirtschaftliches Wachstum in die Diskussion gebracht.

Ist die Bergbauwirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes? Der Bergbau macht 60% der Exporte aus, 11% der privaten Investitionen, 10% der gesamten wirtschaftlichen Produktion, 5% der Arbeitsplätze, 5% der Steuereinnahmen. Zum Vergleich: Die Landwirtschaft trägt mit 13% zu den Exporten bei und macht 26% der Arbeitsplätze und 6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus. Im Tourismus waren 2018 landesweit 8,8% der Arbeitnehmer*innen beschäftigt. Sein Beitrag zum BIP betrug 4,7% und die Einkünfte entsprachen mehr als 9% der gesamten Exporte Perus.

Kann es einen verantwortlichen Bergbau geben? Auf jeden Fall nicht, wenn es sich um eine illegale Mine handelt, ebenso wenig, wenn Minen wichtige Wasserquellen, Fluss- und Ökosysteme bedrohen oder die lokale Kultur beschädigen.

Wenn man diese Kriterien ansetzt, ist dann jede landwirtschaftliche Aktivität eine nachhaltige Alternative? Wie viele hunderte Liter Wasser verbraucht ein Kilo Spargel in der Wüste von Ica, wie sehr beschädigt es das Ökosystem der Küste und die Puna von Huancavelica? Wie viele Kleinbauern und -bäuerinnen werden von ihrem Land vertrieben, und wie stark beeinträchtigt der Anbau von Avocados für den Export in Petorca, Valparaíso in Chile die lokale Ernährungssicherheit? Wie sehr unterscheidet sich dieses – stark subventionierte – Agrarmodell von der bäuerlichen Landwirtschaft, die die Ernährungssicherheit für die Mehrheitsbevölkerung sicherstellt und trotzdem keinerlei Unterstützung erhält?

Und sind die illegalen Waldrodungen nicht auch eine Form von Extraktivwirtschaft? Mehr als 70% des exportierten Holzes stammt aus dieser ungesetzlichen Praxis. Was soll man

über den Kakao sagen, den wir so schätzen, oder über das Palmöl, das überall in der Lebensmittelindustrie verwendet wird? Beide werden angebaut, indem Primärwälder vernichtet werden, ohne dass die Behörden einschreiten.

Auch der Tourismus kann eine Option zur Diversifizierung von Gütern und Dienstleistungen für eine nachhaltige territoriale Entwicklung sein. Aber: Hält man den Masterplan für Machu Picchu ein, indem man mehr als 5000 Tourist*innen pro Tag einlässt, doppelt so viel wie von der UNESCO empfohlen? Und gibt es ein angemessenes Tourismusmanagement in Cusco, in Madre de Dios, in Iquitos oder in Nazca? Wie viele Steuern werden hinterzogen? Wie viel profitieren die lokalen Gemeinden? So kann man viele wirtschaftliche Aktivitäten aufzählen, die zwar nicht extraktiv im Wortsinn sind, aber dennoch einer gleichberechtigten, inklusiven und nachhaltigen Entwicklung schaden.

Für eine wirklich nachhaltige Entwicklung müssen die Wirtschaftszweige gefördert werden, die die Ressourcen vor Ort nachhaltig nutzen. Die Realität ist derzeit eine ganz andere. Während die Extraktivwirtschaft wie Bergbau, Agrarexporte und Fischindustrie Steuervorteile genießen, die nichts anderes als Subventionen und Anreize sind, profitieren weder die bäuerliche Landwirtschaft noch der Ökotourismus oder kleine und mittlere Betriebe von solchen Bedingungen. Eigentlich müssten genau sie bevorzugt werden: Sie sind nachhaltig, schaffen Arbeitsplätze und zahlen Steuern, sie reduzieren die Armut und ermöglichen soziale Inklusion.

Es geht also darum, eine konsensorientierte und verbindliche Territorialordnung zu schaffen, mit den technischen und politischen Instrumenten für eine partizipative Planung. Lokale Ressourcen müssen identifiziert und gefördert werden. So entsteht ein Wettbewerb der Regionen (nicht allein der Unternehmen), der die Institutionen stärkt und bürgerschaftliche und demokratische Kompetenzen fördert. Der interkulturelle Dialog, Geschlechtergerechtigkeit und eine gemeinsame Zukunftsvision sollten wesentlicher Bestandteil eines solchen Territorial-Managements sein.

Dieser Prozess braucht verschiedene Strategien, wie sie auch CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) vorschlägt: eine Steigerung der Produktivität und Rentabilität der bestehenden wirtschaftlichen Initiativen und deren Einbezug in Wertschöpfungsketten und dynamische und inklusive Märkte; Anreize für Investitionen in Wirtschaftsbetriebe und Infrastrukturmaßnahmen, die die lokale wirtschaftliche Entwicklung fördern. Lokale autonome Instanzen müssen gestärkt, mit spezifischen Kompetenzen ausgestattet und in ihrem Territorium legitimiert werden. So können sie eine gemeinsame Agenda für Entwicklung aufstellen. In ihr werden verpflichtende Aktionspläne im Rahmen von Kommunal- und Regionalverbänden entwickelt, mit effektiven Kontrollmechanismen.

Eine neue Entwicklungsvision, eine neue politische Klasse, neue soziale und politische Institutionen und eine große Mobilisierung der Zivilgesellschaft sind die Stütze und

Garantie für eine Territorientwicklung im vorgeschlagenen Sinne.

Carlos Herz ist Anthropologe und Politologe und als Berater tätig.

Zusammengefasst und übersetzt von Annette Brox

Original in spanisch: <http://www.noticiasser.pe/opinion/mina-agro-desarrollo-territorial-primero>

11. Peruaner*innen an der Amazonas-Synode

Bis zum 27. Oktober tagt im Vatikan die Sondersynode zum Amazonasgebiet. Erstmals nehmen auch Frauen aus Peru an einer Vatikan-Synode teil.

Bei dieser Versammlung von Kirchenführern geht es um zwei brisante Themen: zum einen die Stellung der katholische Kirche zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes, gegen seine Ausbeutung und für die Rechte der indigenen Bevölkerung . Zum anderen geht es um das innerkirchliche Thema der Weihe für verheiratete Männer und Frauen.

Erstmals wurden zu einer Synode nicht nur die Bischöfe und Kleriker eingeladen, sondern auch eine Gruppe von Frauen, Expertinnen, und Indigenen aus den Amazonasgebieten.

Aus Peru nehmen an der Synode folgende Personen teil:

Die deutsche Ordensschwester und Theologin Birgit Weiler, die seit vielen Jahren in Peru lebt . Ein Portrait von ihr finden Sie [hier](#)

Die Ordensschwester Zully Rojas vom Orden der Dominikanerinnen aus Puerto Maldonado

Die zweisprachige Lehrerin Yesica Patiachi vom Volk der Harakmbut in Madre de Dios. Ein Portrait von ihr finden Sie [hier](#)

Schwester Mercedes Virginia Arroyo aus Ucayali

Kardinal Pedro Barreto, Erzbischof von Huancayo und Vizepräsident des Panamazonischen Kirchlichen Netzwerks REPAM

Bischof David Martinez de Aguirre Guinea von Puerto Maldonado ist einer von zwei Sekretären der Synode und hat damit eine wichtige Funktion für die Redaktion des Schlussdokuments. InfoPeru hat ihn im März diesen Jahres [interviewt](#).

Hector Miguel Cabrejos, Erzbischof von Trujillo und Vorsitzender des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM

Die Bischöfe der Amazonas-Diözesen und Vikariate: Chachapoyas, Jaen, Moyobamba, Iquitos, Requena, San Jose de Amazonas, Huanuco, Pucallpa, San Ramon, Yurimaguas

Pfarrer Claudio Siquihua aus Aucayo

Pfarrer Pedro Hughes, Experte für die Soziallehre der Kirche

Der Jesuit und Anthropologe Fernando Roca, Professor an der Katholischen Universität Perus

12. Hamburg: Investigativ-Portal aus Peru gewinnt globalen Journalistenpreis

Zwischen dem 26. und 29. September 2019 fand in Hamburg die [11. Global Investigative Journalism Conference](#) statt. Mehr als 1500 Journalist*innen aus verschiedenen Ländern weltweit nahmen an der von Global Investigative Journalism Network, Netzwerk Recherche und Interlink Academy organisierten Veranstaltung teil. Teil des Programms war die Verleihung des 8. Global Shining Light Awards, eines der international wichtigsten Preise für investigativen Journalismus.

Die Verleihung des Preises war ein Zeichen für den freien Journalismus bei der Korruptionsbekämpfung Perus: **IDL-Reporteros**, die Abteilung für investigativen Journalismus der NGO Instituto de Defensa Legal (IDL), gewann in der Kategorie „Kleines Redaktionsteam“ (small outlets) wegen ihrer Recherchen über die Korruptionsfälle „Lava Jato“ und „Lava Juez“ (siehe die [GIJN Pressemitteilung auf Englisch](#) oder den [Ver.di Beitrag auf Deutsch](#)).

Im Fall „Lava Jato“ wurde die korrupte Einflussnahme des brasilianischen Bauunternehmers Odebrecht in der politischen Arena in vielen Ländern Lateinamerikas, inklusive Peru, aufgedeckt. Diese Korruptionsaffäre hatte in Peru Inhaftierungen und juristische Untersuchungen gegen mächtige Politiker*innen sowie Unternehmer*innen zur Folge. Der Fall „Lava Juez“ ist der größte Korruptionsskandal im Justizbereich nach der Regierungszeit Fujimoris. Die Presse enthüllte, wie die korrupten Netzwerke von Richtern, Staatsanwälten, Mitgliedern des nationalen Justizrates (*Consejo Nacional de la Magistratura*) zusammen mit Abgeordneten, Unternehmer*innen usw. operierten. „Lava Juez“ hatte Amtsenthebungen und Rücktritte von hohen Justizbeamt*innen zur Folge, zum Beispiel von Mitgliedern des nationalen Justizrats, des Präsidenten der Judikative, der Präsidenten der *Corte Superior* (in etwa „Oberlandesgericht“) von El Callao und Lima Sur, des Oberstaatsanwaltes und anderer. Darüber hinaus wirkte sich der Fall „Lava Juez“ positiv auf die Entwicklung der Verfahren für „Lava Jato“ aus: Der Einfluss korrupter Beamten wurde eingeschränkt.

Seit einigen Jahren spielt IDL-Reporteros eine wichtige Rolle für die Förderung der Demokratie und Korruptionsbekämpfung in Peru. Das ist aber nichts Neues für Gustavo Gorriti, den Chef von IDL-Reporteros. Er ist ein erfahrener Journalist mit einer langen Liste von Themen, zu denen er recherchiert hat, wie zum Beispiel Sendero Luminoso, Ex-Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos und die Fujimori-Regierung.

Die Nachteile eines so bedeutsamen journalistischen Werdegangs sind natürlich die Bedrohungen. Es ist bekannt, dass Gorriti 1992 von der Fujimori-Regierung inhaftiert wurde. Heute scheint die Lage nicht so gewaltsam wie damals, aber sie ist immer noch schlimm genug. Dieses Jahr fanden gegenüber dem Haus von IDL in Lima zwei Demonstrationen mit antisemitischen Botschaften gegen Gustavo Gorriti statt. Außerdem kritisierten Politiker ihn für die Verbreitung der Korruptionsaffäre und beschuldigten ihn sogar, für den Selbstmord des ehemaligen Präsidenten und APRA-Chefs Alan García mitverantwortlich zu sein. Solche unhaltbaren Vorwürfe und Bedrohungen gibt es aber nicht nur in Peru, sondern auch im Ausland. Als Gustavo Gorriti in Hamburg war, wurde die Universität Hamburg mit Graffiti und absurden Botschaften bemalt, wie „Gorriti = CIA“ (Geheimdienst der USA), und es wurden Flugblätter gegen ihn verbreitet.

Als die Infostelle Peru e.V. erfuhr, dass Gustavo Gorriti und Romina Mella, ebenfalls Journalistin bei IDL-Reporteros, nach Hamburg kommen, nahmen wir Kontakt mit ihnen auf und organisierten für Montag, 30. September 2019, eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit IDL-Reporteros, der Universität Hamburg, der Peru Initiative Hamburg und der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union. Die aktuelle politische Lage in Peru spielte jedoch gegen uns und wir mussten die Veranstaltung absagen. Hierfür bitten wir das Publikum um Entschuldigung. Grund für die Absage, wie schon Prof. Dr. Markus Schäffauer dem Publikum direkt erklärte, war die Tatsache, dass der Tag der Veranstaltung, der 30. September, ein entscheidender Tag für die Demokratie in Peru war: [Präsident Martin Vizcarra löste das Parlament auf](#). Obwohl Gustavo Gorriti und Romina Mella noch in Hamburg und für die Vortragsveranstaltung vorbereitet waren, waren sie ganz von den politischen Ereignissen in Peru in Beschlag genommen, wo IDL-Reporteros, wie gesagt, immer noch eine wichtige Rolle spielt.

Last but not least freuen wir uns sehr über den Preis für die IDL-Reporteros und gratulieren ihnen herzlich zu diesem bedeutenden Zeichen der Anerkennung. Auf die Webseite der IDL-Reporteros kann man [hier klicken und lesen](#), was die Preisverleihung für die IDL-Reporteros bedeutet (auf Spanisch).

César Bazán Seminario

13. Infostelle und Bergbaukampagne unterstützen Lieferkettengesetz

Staudämme, Gold- und Kupferminen, Palmöl-Plantagen: Wie oft berichten wir im InfoPeru davon, wie bei Großprojekten die Rechte der einheimischen Bevölkerung missachtet, Menschenrechte verletzt und die Umwelt zerstört werden.

Das passiert überall auf der Welt, und oft sind in der Lieferkette deutsche Unternehmen involviert. Deshalb hat sich im August 2019 die „Initiative Lieferkettengesetz“ gegründet:

damit deutsche Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, auch im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards zu achten.

Die Informationsstelle Peru und die Kampagne Bergwerk Peru sind der Initiative als Unterstützerorganisationen beigetreten. Umfangreiches Informationsmaterial und eine Online-Petition finden sich auf der Webseite der Initiative: <https://lieferkettengesetz.de/>

Annette Brox

Aus dem Aufruf der Initiative Lieferkettengesetz:

Für die Gewinne deutscher Unternehmen bezahlen viele: Der mangelhafte Brandschutz in einer Kik-Zulieferfabrik in Pakistan führt zum Tod von 258 Menschen. Durch den Dambruch bei einer brasilianischen Eisenerzmine sterben 246 Menschen – obwohl der TÜV Süd Brasilien kurz zuvor die Sicherheit des Damms zertifiziert hat. Vor einer Platin-Mine in Südafrika werden 34 streikende Arbeiter erschossen und BASF macht mit dem Betreiber der Mine weiterhin gute Geschäfte. Überall auf der Welt leiden Mensch und Natur unter den gewissenlosen Geschäften deutscher Unternehmen.

Nur mit einem gesetzlichen Rahmen schaffen wir die Voraussetzungen für wirksamen Um-weltschutz und die Achtung von Menschenrechten durch Unternehmen im Ausland.

Wer Schäden anrichtet, muss Verantwortung übernehmen!

Deutsche Unternehmen profitieren von den wirtschaftlichen Vorteilen eines globalen Marktes. Dabei lassen sie den Schutz von Mensch und Umwelt häufig außer Acht. Denn: Sie müssen keine Konsequenzen fürchten für Schäden, die in ihrem globalen Geschäft entstehen. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass Verstöße deutscher Unternehmen gegen Menschenrechte und Umweltstandards rechtliche Konsequenzen haben. Unternehmen sollen für Schäden haften.

Kein Vorteil für verantwortungslose Unternehmen!

Bislang wird rücksichtsloses Handeln von Unternehmen finanziell belohnt. Manche Unternehmen engagieren sich schon jetzt verstärkt für die Achtung der Menschenrechte und den Umweltschutz. Diese Unternehmen dürfen nicht länger gegenüber verantwortungsloser Konkurrenz benachteiligt werden. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass alle Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards achten.

Verantwortung nicht auf Verbraucher*innen abwälzen!

Die meisten Menschen wollen keine Produkte kaufen, in denen Kinderarbeit oder zerstörte Regenwälder stecken. Verbraucher*innen dürfen nicht länger vor die falsche Wahl gestellt werden, denn Menschenrechte und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind nicht verhandelbar. Dafür braucht es einen gesetzlichen Rahmen, der alle Unternehmen auf den Schutz von Mensch und Umwelt verpflichtet!

Betroffene von Menschenrechtsverletzungen brauchen Zugang zu Gerichten in Deutschland!

Angehörige von Todesopfern, wie im KiK-Fall, müssen oft nicht nur den Verlust hinnehmen, sondern stehen auch noch mittellos da. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass Betroffene auch vor deutschen Gerichten Entschädigungen einklagen können, wenn ein Unternehmen seinen menschenrechtlichen Pflichten nicht nachgekommen ist.

Freiwillig ändern Unternehmen zu wenig!

Im Textil-, Kakao- oder Kohlesektor schließen sich Unternehmen in freiwilligen Bündnissen zusammen, um Produktionsstandards zu verbessern. Doch freiwillige Initiativen sind häufig zu wenig ambitioniert. Oft reagieren sie nur auf existierende Probleme, anstatt deren Ursachen zu beseitigen. Erst ein Gesetz kann Geschäftspraktiken wirklich verändern.

Die Lösung? Ein Lieferkettengesetz! Andere europäische Länder haben bereits entsprechende Gesetze verabschiedet, etwa zum Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit in Lieferketten. Das braucht es auch in Deutschland. Verantwortlich wirtschaftende Unternehmen haben durch ein solches Gesetz nichts zu befürchten. Es sollen nur die Unternehmen haften, die nicht genug getan haben, um Schäden an Mensch und Umwelt zu verhindern. Das ist eine faire Regelung.

14. Keine Umsatzsteuer für Bildungsmassnahmen

Ein Gesetzesentwurf aus dem Bundesfinanzministerium hatte unter Bildungsträgern in Deutschland für Aufruhr und Empörung gesorgt: Im Rahmen eines Gesetzes zur Elektromobilität sollten verschiedene Gesetzesänderungen in Kraft treten, u.a. auch neue gesetzliche Regelungen zur Umsatzsteuer für Bildungsmaßnahmen. Damit wären Bildungsangebote der allgemeinen Erwachsenen- und Weiterbildung umsatzsteuerpflichtig geworden. Betroffen wäre also auch die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, wie sie

auch die Infostelle macht. Nur unmittelbare berufliche Weiterbildung wäre steuerfrei geblieben. Einige Verbände und Vereine protestierten gegen diese Pläne. Auch die Infostelle hat einen entsprechenden [Brief*20190909 Keine Umsatzsteuer für Weiterbildung](#) an den Bundesfinanzminister und an Bundestagsabgeordnete geschrieben.

Der Bundesrat hat den Gesetzesentwurf in einer Stellungnahme vom 20.09. abgelehnt. Er verweist darauf, „dass gerade die allgemeinbildenden Angebote der Weiterbildung einen wesentlichen Beitrag zu gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.“ (<https://wb-web.de/aktuelles/bundesrat-fordert-steuerfreiheit.html>)

Damit ist die Einführung der Umsatzsteuerpflicht für Weiterbildungsmaßnahmen wohl vom Tisch.

Annette Brox

VERANSTALTUNGEN

- Berlin, 21. Oktober 2019
Peru-Stammtisch
<http://www.infostelle-peru.de/web/berlin-21-10-2019-peru-stammtisch/>
- München, 23. Oktober 2019
Lithium, Kupfer, Gold – Hauptsache wir sind mobil ?
<http://www.infostelle-peru.de/web/muenchen-23-oktober-lithium-kupfer-gold-und-wasser-hauptsache-wir-sind-mobil/>
- Berlin, 29. Oktober 2019
Ausstellungseröffnung „Arte de Mujer. El Despertar del Cuerpo“
<http://www.infostelle-peru.de/web/berin-29-10-2019-ausstellungseroefnung-arte-de-mujer-el-despertar-del-cuerpo/>
- Mainz, 4. November 2019
Film: Los Versos del Olvido – Im Labyrinth der Erinnerung
<http://www.infostelle-peru.de/web/mainz-04-11-2019-film-los-versos-del-olvido-im-labyrinth-der-erinnerung/>
- Freiburg, 4. November 2019
Lateinamerika-Stammtisch “Argentinien nach den Wahlen“
<http://www.infostelle-peru.de/web/freiburg-7-11-2019-lateinamerika-stammtisch/>
- Freiburg, 13. November 2019
Vortrag: Amazonas-Quellflüsse in Gefahr durch Bergba und Wasserkraft
<http://www.infostelle-peru.de/web/freiburg-13-11-2019-quellfluesse-des-amazonas-in-gefahr/>

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, und der Erzdiözese Freiburg .

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

